

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18099.

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Platzvorschritt 1.85 Mk.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Neue Erfolge der Militaristen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission gegen den Polizeipräsidenten.

Berlin, 23. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einer Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission, die gestern stattfand, wurde lebhafteste Klage erhoben, daß der Berliner Polizeipräsident die Abmachungen nach dem Rapp-Putz über eine Reform der Sicherheitswehr systematisch durchkreuze.

gegen Rapp und Ehrhardi zurückgenommen werde und Ehrhardi an der Spitze seiner Truppen bleibe.

Säuberung in Pommern.

Stettin, 23. April. (U.) In Greifswald ist gestern auf Veranlassung des Stettiner Polizeipräsidenten von einem großen Aufgebot der Stettiner Sicherheitswehr mit einer großen Anzahl von Kriminalbeamten eine Aktion begonnen worden.

Verhaftungen von Kappisten.

Berlin, 22. April. Rechtsanwalt Brederick, der Presschef der Rapp-Regierung, ist in Kestow bei Potsdam, wo er sich unter dem Namen Ingenieur Karl Schuldig aufhielt, verhaftet und nach Berlin gebracht worden.

Allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai in Berlin.

Berlin, 23. April. In der gestrigen Plenarsitzung der Berliner Gewerkschaftskommission wurde mitgeteilt, daß an der Arbeitsruhe am 1. Mai auch die Straßenbahnen teilnehmen werden.

Revolutionärer Streik in Südbanien.

Englische Mütter berichten aus Belgrad, daß dort ein Generalstreik mit politischer und revolutionärer Tendenz in ganz Südbanien herrsche. Die Arbeiter fordern die sofortige Abdankung des Königs Peter, die Ausrufung der Republik sowie die Einführung von Arbeiterrechten durch den Staat.

Noch keine Räumung des Ruhrgebiets.

Berlin, 23. April. In einer von dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris dem Präsidenten der Friedenskommission übergebenen Note ist darauf hingewiesen worden, daß eine weitere Verminderung der Verbände im gegenwärtigen Augenblick nicht angängig ist.

Ausnahme der russisch-italienischen Handelsbeziehungen.

Wie englische Blätter melden, wurde im Unterhause auf eine Anfrage von der Regierung bekräftigt, daß in Genua bereits zwei Schiffe aus Odessa mit Erzeugnissen aus Sowjetrußland eingetroffen sind.

Die sächsische Regierungskrise. Was nun?

Der gestern bereits angekündigte Rücktritt des Kabinetts Gradnauer ist zur Tatsache geworden. Am Schluß der gestrigen Volkskammersitzung wurde vom Präsidenten Fräßdorf folgende Erklärung des Ministerpräsidenten vorgelesen:

Bereits vor vier Wochen habe ich Ihnen und den beiden Fraktionen, die die Regierung bilden, die Absicht dargetan, wegen meines Gesundheitszustandes vom Amte zurücktreten zu wollen.

Darauf kommt ein politischer Anlaß. In verschiedenen Organisationen der sozialdemokratischen Partei ist die Tätigkeit der Regierung in einigen Fragen absprechend beurteilt worden.

Es sei mir, sehr verehrter Herr Präsident, noch gestattet, hinzu zufügen, daß es in dieser Stunde mein heißester Wunsch ist, daß es meinem von der Volkskammer zu wählenden Nachfolger gelingen möge, mit fester und erfolgreicher Hand das Staatsschiff durch die Stürme dieser unruhigen Zeit in sicheren Hafen zu steuern.

Dieses Schreiben bestätigt nur die seit Wochen bekannte Tatsache, daß die Politik der Gradnauer, Uhlig und Harnisch, die dem Kabinett ihr Gepräge gab, selbst in der eigenen Partei immer mehr an Boden verloren hat.

Damit ist aber die Krise nicht behoben und die Situation nicht geklärt. Es entsteht die Frage: Was nun? Die Frage der Regierungsbildung ist wieder einmal akut geworden.

Die Chemnitzer Richtung der Mehrheitspartei scheint geneigt, sich dieser Forderung anzuschließen, denn in ihrer Presse sowohl als auch in Versammlungen ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Koalitionspolitik elend Schiffbruch gelitten habe.

Abdankung des Untersuchungsausschusses.

Berlin, 23. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Untersuchungsausschuß im Reichswehrministerium, der zu dem Zwecke eingesetzt war, um eine Untersuchung über die Beteiligung der Offiziere am Rapp-Putz einzuleiten, ist in seiner gestrigen Sitzung gesprungen worden.

Die Einkapselung des Reichswehrministers.

Berlin, 23. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Zu der Volksfischen Meldung, daß der persönliche Stab des Reichswehrministers aufgelöst werden solle, schreibt der Vorwärts: Dem ganzen Stil der Meldung merkt man bereits das militärische Vertuschungs- und Bemäntelungssystem an.

Eine Drohung der Marinebrigade.

Berlin, 22. April. In der Nationalversammlung teilte Reichswehrminister Gehler heute bei Besprechung des Reichswahlfestgesetzes mit, daß eine Abordnung der Marinebrigade im Munsterlager gestern bei ihm gewesen sei und unter Drohungen von ihm verlangt habe, daß der Saftbesatz













